

schirr, Wäsche. Die Versorgung ist noch nicht überall zufriedenstellend geregelt. Oftmals fehlt es auch an den geeigneten Lehrkräften. Der harte Winter mit all seinen Folgen hat sich ebenfalls sehr nachteilig auf die Durchführung der Kreisschulen ausgewirkt. Wenn Genossen diese Gründe anführen, um die Pausen der Kreisschulen zu erklären, so kann man das gelten lassen; denn diese Genossen haben die Gründe als das erkannt, was sie sind: als Kinderkrankheiten oder zeitweilige Schwierigkeiten. Bei einer solchen Einstellung können wir gemeinsam darüber beraten, was zu tun ist, um auch diese Hindernisse zu überwinden.

Ganz anders liegen die Dinge aber, wenn die Genossen versuchen, aus der Not eine Tugend zu machen und eine besondere „Pausentheorie“ zu konstruieren; denn dann suchen sie nicht nach Mitteln und Wegen, der Schwierigkeiten Herr zu werden, sondern sie erklären im Gegenteil die aus der Not geborenen Mängel als Normalzustand und liefern dafür noch eine theoretische Begründung. Sie verzichten von vornherein auf den Versuch, einen kontinuierlichen Unterricht auf den Kreisschulen anzustreben und entstellen damit den Beschluß des Parteivorstandes vom 25. Oktober 1946.

Diesen Versuch, eine solche „Pausentheorie“ zu konstruieren, haben leider auf der Freiburger Schulungskonferenz im März 1947 einige sächsische, besonders Leipziger Genossen übernommen. Um zu begründen, daß nach jedem 14tägigen Lehrgang eine achtstägige Pause eintreten müsse, führen sie folgende Argumente ins Feld: 1. sei die Pause notwendig, um die Charakteristiken der Schüler sorgfältig ausarbeiten zu können; 2. sei die Pause notwendig, um eine sorgfältige Auswahl der Schüler für den nächsten Lehrgang vornehmen zu können. (Manche Organisationen haben sogar Aufnahmeprüfungen durchgeführt!); 3. brauche man die Pause, damit die Lehrer sich für den nächsten Kursus genügend vorbereiten könnten; 4. sei die Pause notwendig, weil sonst die Lehrer der Kreisschulen zu sehr überlastet würden.

Ich will auf diese Argumente näher eingehen, weil sie zum Teil ein Unverständnis über das Wesen der Kreisschulen aufzeigen. Unsere gegenwärtigen Kreisschulen mit dem vom Zentralsekretariat herausgegebenen Lehrplan sind *Mitgliederschulen* und *untere Funktionärschulen*. Sie stellen eine Ergänzung des politischen Bildungsabends dar. Ihre Aufgabe ist es, „einer möglichst großen Anzahl unserer Parteimitglieder ein Minimum an politischem Grundwissen zu vermitteln“. Mehr nicht. Das Schwergewicht liegt hier auf der möglichst großen Anzahl von Mitgliedern, die auf den Kreisschulen ausgebildet werden sollen. Darum darf man an die Kreisschulen nicht mit den gleichen Anforderungen herangehen, wie an die Landesschulen. Das bedeutet aber:

1. Eine ausführliche Charakteristik der Schüler nach 14tägigem Unterricht ist unmöglich. Die Zeit ist viel zu kurz, um eine zuverlässige Charakteristik über einen Genossen abgeben zu können. Darum sollen die Kreisschüler lediglich eine Bestätigung über die Teilnahme an der Schule erhalten. Die Formulare dafür sind den Landesleitungen bereits zugegangen. Das schließt natürlich nicht aus, daß besonders befähigte Kreisschüler für den nächsten Lehrgang der Landesschule vorgeschlagen werden.

2. Die Auswahl der Schüler ist vor allem Sache der Ortsgruppen- und der Kreisvorstände. Dabei sollen keine theoretischen Kenntnisse zur Bedingung gemacht und keine Prüfungen veranstaltet werden. Natürlich heißt das nicht, daß die Kandidaten wahllos bestimmt werden. Ich würde Vorschlägen, die Kandidaten für die Kreisschulen auf demokratische Weise zu bestimmen, indem sie von den unteren Parteiorganisationen, den Betriebs- und Wohngebietsgruppen gewählt und dem Kreisvorstand in Vorschlag gebracht werden. Die Mitglieder werden dann schon unter Berücksichtigung der sonstigen Umstände die geeignetsten und würdigsten Mitglieder in Vorschlag bringen.

3. Eine besondere Vorbereitung der Lehrer ist auch nicht nötig, weil sich ja jeder Kursus nach dem gedruckten Lehrplan wiederholt, so daß der Lehrer, je öfter er das betreffende Thema schon behandelt hat, um so besser den Stoff beherrscht. Er soll die Themen lediglich nach den neuesten Ereignissen aktualisieren und dafür genügt die für Selbststudium der Schüler vorgeschlagene Zeit, die der Lehrer zur Verfügung hat. In der Regel werden die Genossen Lehrer auch noch Zeit haben, zu den einzelnen Themen zusätzliche Studien zu machen. Das gilt freilich nur dann, wenn der Unterricht streng nach dem Lehrplan durchgeführt wird. Leider ist immer wieder festzustellen, daß auf den Kreisschulen viel „mehr“ geboten wird, als im Lehrplan vorgesehen ist. Besonders beim ersten Thema „Einführung in den Marxismus“ geschieht es immer wieder, daß hier die Themen derartig „erweitert“ werden, daß ein ganzer Kursus des dialektischen Materialismus oder der politischen Ökonomie daraus wird. Es ist sogar vorgekommen, daß auf Kreisschulen über griechische Philosophie gesprochen wurde; in anderen Kreisschulen wurde Erdkunde und deutsche Sprache unterrichtet. Das ist grober Unfug und widerspricht völlig dem Zwecke der Kreisschulen. Gegen solche Bestrebungen muß energisch aufgetreten werden. Kein Thema darf mehr als zwei Tage beanspruchen.

4. In diesem Zusammenhang ist auch das Bestreben zu verurteilen, auf den Kreisschulen noch alle möglichen Abendvorträge zu veranstalten, wie z. B. über die Frauenfrage, die Jugend, kommunalpolitische, gewerkschaftliche u. ä. Fragen. Es sollen im Laufe eines 14-Tage-Kursus nicht mehr als zwei bis drei zusätzliche Vorträge über aktuelle Fragen gehalten werden. Denn sonst werden nicht nur die Lehrer ungeheuer überlastet, sondern auch die Schüler selbst werden dermaßen mit neuen Gedanken überfüttert, daß niemand sie verdauen kann. Statt einer Klärung ergibt sich daraus eine Verwirrung der Köpfe. Natürlich ist der Leiter der Kreisschule dennoch sehr überlastet, wenn er allein auf der Schule ist. Aber auch dieser Zustand ist dadurch zu überwinden, daß neben dem Schulleiter noch ein zweiter Lehrer, in großen Schulen sogar noch zwei Lehrer ständig angestellt werden. Die Landesvorstände müssen die nötigen Lehrkräfte durch eine zusätzliche Lehrerausbildung (auf Grund des gedruckten Lehrplanes) heranziehen.

Der Arbeitstag auf den Kreisschulen soll nicht mehr als acht bis neun Stunden betragen. Nur dann ist ein fruchtbares Lernen zu erwarten, und dann vermeiden wir auch eine Überlastung der Lehrer.

In der Regel sollte sich der Wechsel eines Lehrgangs so abwickeln, daß der eine Lehrgang am Sonnabend endet und die neuen Schüler am Sonntag auf der Schule eintreffen, so daß nach einer kurzen Begrüßungsfeier sonntagabends am Montagfrüh der neue Kursus beginnt. Ich weiß, daß das heute noch nicht auf allen Kreisschulen möglich ist. Es ist aber auch bereits praktisch bewiesen, daß es geht. Um nur zwei Beispiele zu nennen: Unsere Kreisschule in Brandenburg endete mit einem Lehrgang am 14. Februar und begann den nächsten am 15. Februar 1947. Auf der Kreisschule in Schönberg in Mecklenburg bringt derselbe Autobus, der die Schüler abholt, bereits die Schüler für den nächsten Lehrgang mit.

Der Beschluß des Parteivorstandes vom 25. Oktober 1946 stellte der Partei die Aufgabe, durch die Kreisschulen „einen bedeutenden Teil der Mitglieder zu erfassen“. Die Genossen in den Kreisen haben die Kreisschulen unter unerhörten Opfern errichtet. Können wir uns nun den Luxus erlauben, diese Schulen alle 14 Tage eine Woche leerstehen zu lassen? Sind unsere Genossen in Sachsen wirklich so schwach, daß sie hinter den Genossen in Brandenburg und Mecklenburg zurückstehen müssen? Und haben sie es nötig, ihre Schwäche durch eine faule Theorie zu begründen?

Fred Oelssner